**Gesetzentwurf
der Landesregierung**

**Gesetz über staatliche Lotterien, Wetten und Ausspielungen
(Staatslotteriegesetz – StLG)**

A. Zielsetzung

Das Staatslotteriegesetz soll das Recht der staatlichen Glücksspiele in Baden-Württemberg – ausgenommen das Spielbankenrecht und das Recht zur Veranstaltung einer staatlichen Klassenlotterie – abschließend ordnen, die Zulassung weiterer staatlicher Glücksspiele im ordnungsrechtlich gebotenen Rahmen ermöglichen, die Befugnis des Landes zur Veranstaltung dieser Glücksspiele festschreiben und die Regelungen über die Verwendung der Reinerträge den geänderten rechtlichen Verhältnissen anpassen.

B. Wesentlicher Inhalt

Das Staatslotteriegesetz

- fasst die bisher in verschiedenen Gesetzen geregelte Materie zusammen,
- bestimmt den Kreis der staatlichen Glücksspiele,
- umschreibt die ordnungsrechtlichen Voraussetzungen für die Veranstaltung staatlicher Glücksspiele nach Maßgabe des Staatsvertrags zum Lotteriewesen in Deutschland,
- schreibt die Befugnis des Landes zur Veranstaltung dieser Glücksspiele fest,
- regelt die Durchführung der staatlichen Glücksspiele,
- bestimmt die Höhe der Gewinnausschüttungen an die Spielteilnehmer und
- regelt die Verwendung der Reinerträge.

C. Alternativen

Beibehaltung des unübersichtlichen und den ordnungsrechtlichen Erfordernissen nicht zweifelsfrei genügenden Rechtszustandes.

D. Kosten

Dem Land entstehen keine zusätzlichen Kosten.

**Staatsministerium
Baden-Württemberg
Ministerpräsident**

Stuttgart, den 4. November 2004

An den
Präsidenten des Landtags
von Baden-Württemberg

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

in der Anlage übersende ich gemäß Artikel 59 Absatz 1 der Landesverfassung den von der Landesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes über staatliche Lotterien, Wetten und Ausspielungen (Staatslotteriegesez – StLG) mit Begründung und Vorblatt. Ich bitte, die Beschlussfassung des Landtags herbeizuführen. Federführend ist das Finanzministerium.

Mit freundlichen Grüßen

Teufel
Ministerpräsident

Der Landtag wolle beschließen, dem nachstehenden Gesetzentwurf seine Zustimmung zu erteilen:

**Gesetz über
staatliche Lotterien,
Wetten und Ausspielungen
(Staatslotteriesgesetz – StLG)**

§ 1

Ziel des Gesetzes

Ziel dieses Gesetzes ist es,

1. den natürlichen Spieltrieb der Bevölkerung in geordnete und überwachte Bahnen zu lenken, insbesondere ein Ausweichen auf nicht erlaubte Glücksspiele zu verhindern,
2. übermäßige Spielanreize zu verhindern,
3. eine Ausnutzung des Spieltriebs zu privaten oder gewerblichen Gewinnzwecken auszuschließen,
4. zu gewährleisten, dass Glücksspiele ordnungsgemäß und nachvollziehbar durchgeführt werden, und
5. sicherzustellen, dass ein erheblicher Teil der Spieleinsätze zur Förderung öffentlicher oder gemeinnütziger Zwecke im Sinne der Abgabenordnung verwendet wird.

§ 2

Anwendungsbereich, Durchführung

(1) Das Land veranstaltet folgende Glücksspiele:

1. Zahlenlotterien,
2. Ergebnissetten,
3. Losbrieflotterien.

(2) Das Land kann Zusatzlotterien und -ausspielungen veranstalten.

(3) Der in der Zeit vom 30. März 1992 bis zum 26. Mai 1992 unterzeichnete Staatsvertrag über eine Staatliche Klassenlotterie (GBl. S. 798, GBl. 1993 S. 234) bleibt unberührt.

(4) Über die Veranstaltung staatlicher Glücksspiele entscheidet das Finanzministerium. Die Entscheidung des Finanzministeriums über die Veranstaltung neuer Glücksspiele bedarf der Zustimmung des Landtags. Das Finanz-

ministerium kann eine juristische Person des privaten Rechts, an der das Land unmittelbar oder mittelbar maßgeblich beteiligt ist, mit der Durchführung der durch das Land veranstalteten Glücksspiele beauftragen.

(5) Die Spielbedingungen für die Veranstaltungen werden durch das Finanzministerium amtlich festgesetzt.

(6) Die Entscheidung über die Veranstaltung eines staatlichen Glücksspiels, die Beauftragung einer juristischen Person des privaten Rechts mit der Durchführung dieser Veranstaltung und die amtlich festgesetzten Spielbedingungen sind durch das Finanzministerium öffentlich bekanntzumachen.

§ 3

Allgemeine Bestimmungen

(1) Das Land hat die ordnungsrechtliche Aufgabe, ein ausreichendes Glücksspielangebot sicherzustellen.

(2) Die Entscheidung über die Veranstaltung von staatlichen Glücksspielen sowie deren Veranstaltung und Durchführung muss unter Beachtung der allgemeinen Bestimmungen des § 4 des in der Zeit vom 18. Dezember 2003 bis zum 13. Februar 2004 unterzeichneten Staatsvertrags zum Lotteriewesen in Deutschland (GBl. S. 274, 582) den in § 1 genannten Zielsetzungen entsprechen.

§ 4

Aufsicht

(1) Die mit der Durchführung der durch das Land veranstalteten Glücksspiele beauftragte juristische Person des privaten Rechts unterliegt bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben der Aufsicht und den Weisungen des Finanzministeriums.

(2) Die Aufsicht hat den Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie sonstiger öffentlicher Belange zu gewährleisten und sicherzustellen, dass dieses Gesetz sowie die Spielbedingungen für die Veranstaltungen eingehalten werden, insbesondere dass der Spielbetrieb ordnungsgemäß durchgeführt wird und die Auszahlung der Spielgewinne jederzeit gewährleistet ist.

(3) Das Finanzministerium kann alle zur Erfüllung der in Absatz 2 bezeichneten Aufgaben erforderlichen Anweisungen und sonstigen Maßnahmen treffen. Es ist insbesondere berechtigt,

1. den gesamten Betrieb zu überwachen und zu überprüfen und sich hierbei auch Dritter zu bedienen,

2. die geschäftlichen Unterlagen einzusehen,
3. selbst oder durch Beauftragte an Sitzungen und Besprechungen der entscheidungsbefugten Gremien teilzunehmen.

(4) Die beauftragte juristische Person des privaten Rechts ist verpflichtet, dem Finanzministerium innerhalb von sechs Monaten nach Ende eines jeden Geschäftsjahres einen von einem Wirtschaftsprüfer geprüften Jahresabschluss nebst Lagebericht und dem Prüfungsbericht des Wirtschaftsprüfers vorzulegen.

§ 5

Gewinnausschüttung

Als Gewinn sind nach Maßgabe der amtlich festgesetzten Spielbedingungen an die Spielteilnehmer auszuschütten:

1. Beim Zahlenlotto die Hälfte,
2. bei anderen Zahlenlotterien mindestens 45 Prozent,
3. bei Ergebniswetten im Jahresmittel mindestens die Hälfte,
4. bei Losbrieflotterien mindestens 40 Prozent und
5. bei Zusatzlotterien oder -auspielungen mindestens ein Drittel

der Spieleinsätze. Bearbeitungsgebühren und sonstige Kostenbeiträge der Spielteilnehmer sind nicht Bestandteil der Spieleinsätze.

§ 6

Reinerträge

Die Reinerträge aus den staatlichen Glücksspielen stehen dem Land zu. Reinerträge sind die von den Spieleinsätzen nach Abzug der Gewinnausschüttungen an die Spielteilnehmer, der auf die Spielteilnahme entfallenden Steuern und der Kosten der Durchführung verbleibenden Beträge.

§ 7

Wettmittelfonds, Verwendung der Reinerträge

- (1) Aus den Reinerträgen der staatlichen Glücksspiele wird ein gemeinsamer Wettmittelfonds gebildet.
- (2) Die Dotierung des Fonds erfolgt nach Maßgabe des jeweiligen Staatshaushaltsplans. Die Mittel des Fonds sind nach näherer Bestimmung durch den jeweiligen Staatshaushaltsplan für die Förderung von Kultur und Sport sowie für soziale Zwecke zu verwenden. Soweit

die Reinerträge die nach Satz 2 zweckgebunden zu verwendenden Mittel übersteigen, werden sie zur allgemeinen Deckung des Haushalts verwandt.

§ 8

Außerkräftreten von Rechtsvorschriften, Übergangsregelung

(1) Folgende Rechtsvorschriften treten außer Kraft:

1. a) Württemberg-Badisches Gesetz Nr. 527 über die Sportwette vom 18. August 1948 (RegBl. S. 133),
b) Württemberg-Hohenzollerisches Gesetz über die Sportwette vom 3. Dezember 1948 (RegBl. S. 181),
c) Landesgesetz über die Sportwette vom 17. Dezember 1948 (Badisches GVBl. 1949 S. 13),
jeweils zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Dezember 1970 (GBl. S. 498),
2. Gesetz über die Pferdewette in Baden-Württemberg vom 16. Mai 1974 (GBl. S. 186),
3. Gesetz über das Zahlenlotto und Zusatzlotterien in der Fassung vom 25. August 1977 (GBl. S. 385),
4. Gesetz über die Losbrieflotterie in Baden-Württemberg vom 25. November 1985 (GBl. S. 387) und
5. Gesetz über eine Sportwette mit festen Gewinnquoten (Oddset-Wette) in Baden-Württemberg vom 21. Juni 1999 (GBl. S. 253).

(2) Die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes veranstalteten staatlichen Glücksspiele sowie deren Spielbedingungen bleiben unberührt.

§ 9

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Begründung

A. Allgemeiner Teil

I. Ausgangslage, Anlass und Ziel des Gesetzes

1. Das Recht der staatlichen Glücksspiele unterfällt der Gesetzgebungskompetenz des Landes.
2. Das Recht der staatlichen Glücksspiele ist derzeit in einer Reihe verschiedener Landesgesetze geregelt. Dies sind:
 - a) für die Sportwette:
 - Württemberg-Badisches Gesetz Nr. 527 über die Sportwette vom 18. August 1948 (RegBl. S. 133),
 - Württemberg-Hohenzollerisches Gesetz über die Sportwette vom 3. Dezember 1948 (RegBl. S. 181) und
 - Landesgesetz über die Sportwette vom 17. Dezember 1948 (Badisches GVBl. 1949 S. 13),jeweils in der Fassung des Gesetzes zur Änderung der Gesetze über die Sportwette in Baden-Württemberg vom 8. Dezember 1970 (GBl. S. 498),
 - b) für die Pferdewette:
 - Gesetz über die Pferdewette in Baden-Württemberg vom 16. Mai 1974 (GBl. S. 186),
 - c) für das Zahlenlotto:
 - Gesetz über das Zahlenlotto und Zusatzlotterien in der Fassung vom 25. August 1977 (GBl. S. 385),
 - d) für die Zusatzlotterien:
 - Gesetz über das Zahlenlotto und Zusatzlotterien in der Fassung vom 25. August 1977 (GBl. S. 385),
 - e) für die Losbrieflotterie:
 - Gesetz über die Losbrieflotterie in Baden-Württemberg vom 25. November 1985 (GBl. S. 387) und
 - f) für die Sportwette ODDSET:
 - Gesetz über eine Sportwette mit festen Gewinnquoten (Oddset-Wette) in Baden-Württemberg vom 21. Juni 1999 (GBl. S. 253).Daneben sind das Spielbankenrecht, das Recht zur Veranstaltung einer Staatlichen Klassenlotterie unter der Bezeichnung „Süddeutsche Klassenlotterie“ und die Zulassung von Buchmachern und Totalisatoren bei Pferderennen gesondert geregelt.
3. Die geltende Rechtslage ist aufgrund der – historisch bedingten – Vielzahl gesetzlicher Regelungen unübersichtlich. Sie bietet dazuhin nicht die nötige Flexibilität, die es erlauben würde, aufgrund veränderter sozio-ökonomischer Entwicklungen kurzfristig mit neuen staatlichen Glücksspielangeboten zu reagieren.
4. Die unterschiedlichen rechtlichen Regelungen der Länder und die neuere Rechtsprechung zur Zulassung privater Lotterien haben Anlass zu einer Neuordnung und länderübergreifenden Vereinheitlichung der landesrechtlichen Rahmenbedingungen für die Veranstaltung von Glücksspielen und zur Zulas-

sung und Durchführung von Lotterien durch den Staatsvertrag zum Lotteriewesen in Deutschland (GBl. 2004 S. 274) gegeben. Der vorliegende Gesetzentwurf greift die ordnungsrechtlichen Zielsetzungen dieses Staatsvertrags auf.

Glücksspiele können wegen des natürlichen Spieltriebs nicht gänzlich unterbunden oder auf ein für den Spieler völlig unattraktives Maß beschränkt werden. Daher ist sicherzustellen, dass der Spieltrieb durch geeignete Spielangebote in geordnete und überwachte Bahnen gelenkt wird. Andernfalls würden die Spieler auf illegale Spielangebote ausweichen. Deshalb müssen auch Lotterien und andere Glücksspiele mit einem erhöhten und deswegen besonders zu kontrollierenden Gefahrenpotenzial angeboten und in angemessenem Umfang beworben werden.

Glücksspiele weisen unterschiedliche Gefährdungspotenziale auf. Da das Suchtverhalten von Glücksspielern vor allem dadurch bestimmt wird, dass in kurzen Zeitabständen intensive Spannungserlebnisse realisierbar sind oder ein Abtauchen aus der Alltagsrealität gefördert wird, ist vor allem Glücksspielen mit raschen Gewinnabfolgen ein höheres Suchtpotenzial zu eigen als langsamen Spielen. Besondere Spielanreize bergen auch solche Spiele, bei denen Wissen oder Können den Spielerfolg vermeintlich beeinflusst (z. B. Sportwetten).

Auch Lotterien haben ein nicht unerhebliches Gefährdungspotenzial und können den Wunsch nach gefährlicheren Glücksspielarten wecken. Würden Lotterien unbegrenzt zugelassen, hätte dies zur Folge, dass in kürzeren Zeitabständen mehrere Lotterien ausgespielt würden. Hinzu käme, dass das Ringen um Spielteilnehmer zu aggressiveren Marketingstrategien und damit zu höheren Spielanreizen, z. B. durch sehr schnell aufeinander folgende Gewinnscheidungen oder exorbitant hohe Jackpots führen würde. Dabei ist die Gefahr der Ausbeutung des Spieltriebs um so größer, je mehr Anbieter von Lotterien zugelassen würden (vergleiche zu Sportwetten BVerwG, Urteil vom 23. August 1994, 1 C 18/91, BVerwGE 96, 293). Lotterien haben aber auch je nach Art der Veranstaltung unterschiedliche Auswirkungen auf den Spieltrieb des Menschen. So sind die möglichen nachteiligen Auswirkungen auf die Spielsucht und die wirtschaftliche Situation des Spielers bei einer Internetlotterie oder einer Lotterie mit Jackpot weitaus größer als beispielsweise bei einer monatlich stattfindenden Lotterie mit einem relativ geringen Gewinn.

Der Entwurf macht sich damit die Einschätzung des Bundesgesetzgebers zu eigen, der sich im Rahmen der Reform des § 287 StGB jüngst von der Erwägung hat leiten lassen, dass Glücksspiele – auch Lotterien – gefährlich sind.

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat in dem Schindler-Urteil vom 24. März 1994 (Rs.C-275/92, NJW 1994, 2013) das von Lotterien ausgehende Gefährdungspotenzial bestätigt und Lotterien anderen Formen von Glücksspielen ausdrücklich gleichgestellt. Auch in zeitlich jüngeren Entscheidungen (Urteile vom 21. September 1999 – Rs.C-124/97 – „Lärää“ – GewArch 1999, 476 und vom 21. Oktober 1999 – Rs.C 67/98 – „Zenatti“ – GewArch 2000, 19) hat der EuGH es für unbedenklich gehalten, dass die Mitgliedstaaten Tätigkeiten im Bereich des Lotteriewesens zur Abwehr persönlicher und sozialer Folgen ordnungsrechtlich beschränken oder verbieten. Danach steht es im Ermessen der Mitgliedstaaten zu entscheiden, welche Beschränkungen oder Verbote sie zur Verhinderung von Straftaten, sozial schädlicher Folgen übermäßigen Spielens oder zum Ausschluss privaten oder gewerblichen Gewinnstrebens für erforderlich halten. Diese Haltung hat der EuGH erst jüngst nochmals bestätigt, zugleich aber auch hervorgehoben, dass diese Beschränkungen wirklich dem ordnungsrechtlich angestrebten Ziel dienen müssen und die Einnahmen aus den Glücksspielen „nur eine erfreuliche Nebenfolge, nicht aber der eigentliche Grund der betriebenen restriktiven Politik“ sein dürfen (Urteil vom 6. November 2003 – Rs.C 243/01 – „Piergiorgio Gambelli u. a.“ – NJW 2004, 139).

Davon ausgehend differenziert der Staatsvertrag zum Lotteriewesen in Deutschland danach, welche Gefährdungspotenziale das jeweilige Glücksspiel aufweist. Glücksspiele mit einem besonderen Gefährdungspotenzial (z. B. Jackpotlotterien und bestimmte Wetten) dürfen nur durch die Länder, durch juristische Personen des öffentlichen Rechts oder privatrechtliche Gesellschaften, an denen juristische Personen des öffentlichen Rechts unmittelbar oder mittelbar maßgeblich beteiligt sind, veranstaltet werden. Denn bei diesen verfügen die Länder ergänzend zu den Möglichkeiten der Lottereaufsicht über weitergehende, z. B. gesellschaftsrechtliche Kontroll- und Einwirkungsmöglichkeiten, mit denen den Zielen des Staatsvertrags wirksam Rechnung getragen werden kann.

Diese Regelung wird für den Bereich des Landes Baden-Württemberg mit dem Gesetzentwurf umgesetzt. Die hiermit verbundene Folge, dass die Einnahmen aus diesen Glücksspielen weitgehend für öffentliche oder steuerbegünstigte Zwecke im Sinne der Abgabenordnung verwendet werden, ist verfassungsrechtlich und europarechtlich nicht zu beanstanden (vergleiche BVerfGE 102, 197 – zum Spielbankenrecht –, EuGH NJW 1994, 2013).

5. Die unter vorstehend 2. genannten Landesgesetze sehen ganz überwiegend bestimmte Verwendungen der aus den einzelnen staatlichen Glücksspielen erzielten Reinerträge vor. Diese Regelungen entsprechen schon seit Jahren nicht mehr der tatsächlichen Handhabung; Abweichungen von den vorgeschriebenen Verwendungen erfolgen inzwischen regelmäßig über die jeweiligen Haushaltsstrukturgesetze beziehungsweise Staatshaushaltsgesetze (so etwa die Bildung eines gemeinsamen Wettmittelfonds).
6. Der Entwurf hat folgende Schwerpunkte:
 - a) Schaffung einer einheitlichen Rechtsgrundlage für die Veranstaltung und Durchführung staatlicher Glücksspiele,
 - b) Festschreibung der Befugnis des Landes zur Veranstaltung dieser Glücksspiele,
 - c) Öffnung für neue staatliche Glücksspiele im vorgegebenen Rahmen und
 - d) Regelung der Verwendung der Reinerträge einschließlich der Bildung eines gemeinsamen Wettmittelfonds.

II. Finanzielle Auswirkungen des Gesetzes

Die Vereinheitlichung der Rechtsgrundlagen für die staatlichen Glücksspiele hat keine finanziellen Auswirkungen. Die Schaffung eines Rahmens für die Zulassung neuer staatlicher Glücksspiele führt gegebenenfalls zu zusätzlichen Einnahmen des Landes.

B. Einzelbegründung

Zu § 1

Die Bestimmung gibt die ordnungsrechtlichen Zielsetzungen des Gesetzes wieder und setzt damit die Intentionen des Staatsvertrags zum Lotteriewesen in Deutschland für den Bereich der von Land veranstalteten Glücksspiele um.

Zu § 2

Absatz 1 bildet die Rechtsgrundlage für die Veranstaltung staatlicher Glücksspiele. Die Vorschrift bestimmt ferner den Kreis der staatlichen Glücksspiele; dies sind gegenwärtig:

1. Das Zahlenlotto,
2. die Sportwette,
3. die Sportwette „ODDSET“,
4. die Losbrieflotterie und
5. die Zusatzlotterien „Spiel 77“ und „Super 6“.

Absatz 2 erlaubt die Veranstaltung von Zusatzlotterien und -ausspielungen im seitherigen Rahmen. Hierzu gehören auch die Zusatzlotterien, die schon seither zu der von der Staatlichen Toto-Lotto GmbH veranstalteten Privatlotterie „Glücks-Spirale“ angeboten werden.

Absatz 3 stellt klar, dass der Staatsvertrag über die Süddeutsche Klassenlotterie von diesem Gesetz unberührt bleibt. Unberührt bleiben im Übrigen auch das Recht der öffentlichen Spielbanken und die Zulassung von Buchmachern und Totalisatoren bei Pferderennen. Die Rechtsgrundlagen für diesen Bereich sind im Spielbankengesetz bzw. im bundesrechtlichen Rennwett- und Lotteriegesetz geregelt.

Absatz 4 weist die Entscheidung über die Veranstaltung staatlicher Glücksspiele dem Finanzministerium zu. Der Zustimmungsvorbehalt zugunsten des Landtags stellt sicher, dass das Parlament auch weiterhin in die Entscheidungsfindung eingebunden bleibt.

Absatz 4 regelt die Durchführung der staatlichen Glücksspiele und bestimmt, dass diese Aufgabe durch eine juristische Person des privaten Rechts, an der das Land unmittelbar oder mittelbar maßgeblich beteiligt ist, erfüllt werden kann. Dies entspricht den Vorgaben des Staatsvertrags zum Lotteriewesen in Deutschland (dort § 5 Abs. 2). Das Land bedient sich zur Durchführung dieser Glücksspiele einer juristischen Person des privaten Rechts, der Staatlichen Toto-Lotto GmbH, die bereits jetzt das staatliche Glücksspielgeschäft durchführt. Das Land, vertreten durch das Finanzministerium, hat dazu mit der Staatlichen Toto-Lotto GmbH einen Geschäftsbesorgungsvertrag abgeschlossen.

Absatz 5 regelt die amtliche Festsetzung der Spielbedingungen durch das Finanzministerium. Dies entspricht der seitherigen Rechtslage.

Absatz 6 regelt die Bekanntmachungspflichten im seitherigen Rahmen.

Zu § 3

Die Länder haben die ordnungsrechtliche Aufgabe, den natürlichen Spieltrieb der Bevölkerung in geordnete und überwachte Bahnen zu lenken, insbesondere einem Ausweichen auf nicht erlaubte Glücksspiele entgegenzutreten, übermäßige Spielanreize zu verhindern, eine Ausnutzung des Spieltriebs zu privaten oder gewerblichen Gewinnzwecken auszuschließen, sicherzustellen, dass Glücksspiele ordnungsgemäß und nachvollziehbar durchgeführt werden und dass ein erheblicher Teil der dabei anfallenden Einnahmen zur Förderung öffentlichen oder gemeinnütziger Zwecke im Sinne der Abgabenordnung verwendet wird (vgl. § 1). Die Bestimmung transformiert diese Zielsetzung des Staatsvertrags zum Lotteriewesen in Deutschland (dort § 5 Abs. 1) auf den Bereich der vom Land veranstalteten Glücksspiele.

Zu § 4

Die Vorschriften über die Aufsicht und das Weisungsrecht treffen Vorsorge für einen ordnungsgemäßen, mit den gesetzlichen Vorschriften und den behördlichen Bestimmungen in Einklang stehenden Spielbetrieb.

Absatz 1 stellt ausdrücklich klar, dass die Aufsicht über das durchführende Unternehmen und das Weisungsrecht gegenüber diesem beim Finanzministerium liegt. Dies entspricht der seitherigen Rechtslage.

Absatz 2 umschreibt die Aufgaben der Aufsicht.

Absatz 3 regelt die Aufsichts- und Weisungsbefugnisse.

Absatz 4 verpflichtet das durchführende Unternehmen, unbeschadet handels- und gesellschaftsrechtlicher Regelungen einen Jahresabschluss mit Lagebericht zu erstellen, diese von einem Wirtschaftsprüfer prüfen zu lassen und mit Prüfungsbericht dem Finanzministerium vorzulegen.

Zu § 5

Die Vorschrift regelt die Gewinnausschüttung an die Spielteilnehmer für die einzelnen staatlichen Glücksspiele. Die Höhe dieser Gewinnausschüttungen entspricht der seitherigen Regelung. Satz 1 Nr. 2 schafft die Möglichkeit, bei neuen Zahlenlotterien Gewinnausschüttungen von mindestens 45 Prozent vorzusehen. Dies hängt damit zusammen, dass es – anders als z. B. beim Zahlenlotto – Glücksspiele gibt, die einen von vornherein feststehenden Gewinnplan mit einer prognostizierten, theoretisch ermittelten Gewinnquote haben, die je nach Spielverlauf erreicht, aber auch über- oder unterschritten werden kann. Satz 1 Nr. 2 schafft hier die notwendige Flexibilität.

Satz 2 definiert den Begriff der Spieleinsätze für den Bereich der staatlichen Glücksspiele.

Zu § 6

Satz 1 stellt klar, dass die Reinerträge aus den staatlichen Glücksspielen dem Land zustehen.

Satz 2 definiert den Begriff der Reinerträge; die Definition entspricht der seitherigen Handhabung.

Zu § 7

Die geltenden Gesetze über die staatlichen Glücksspiele und die darauf beruhenden Verordnungen über Zusatzlotterien und -auspielungen sehen für alle an das Land abzuführenden Reinerträge bestimmte Zweckverwendungen vor. Von diesen Regelungen weicht der Haushaltsgesetzgeber schon seit Jahren über die jeweiligen Haushaltsstrukturgesetze beziehungsweise Staatshaushaltsgesetze ab (Deckelung der zweckgebundenen Ausgaben, Einführung eines gemeinsamen Wettmittelfonds).

Absatz 1 schreibt die Einrichtung des gemeinsamen Wettmittelfonds fest.

Absatz 2 sieht eine Zweckbindung der Mittel des Fonds für die Förderung von Kultur und Sport sowie für soziale Zwecke vor. Dies entspricht der bisherigen Verwendung der Mittel. Die Entscheidung über die Dotierung des gemeinsamen Wettmittelfonds und die Verteilung der Mittel des Fonds auf die genannten Förderbereiche soll – wie schon bisher – nach Maßgabe des jeweiligen Staatshaushaltsplans erfolgen; die darüber hinausgehenden Reinerträge dienen – ebenfalls wie schon bisher – der allgemeinen Haushaltsdeckung.

Zu § 8

In Absatz 1 werden die seitherigen Gesetze über die staatlichen Glücksspiele durch das Staatslotteriegesetz aufgehoben. Aufgehoben wird damit auch das Gesetz über die Pferdewette in Baden-Württemberg vom 16. Mai 1974. Dieses Gesetz ist entbehrlich, weil die Pferdewette in Baden-Württemberg seit 1995 nicht mehr angeboten wird. Als Ergebniswette wäre die Veranstaltung einer Pferdewette im Übrigen durch § 2 Abs. 1 Nr. 2 abgedeckt.

Absatz 2 stellt klar, dass die seither veranstalteten staatlichen Glücksspiele sowie deren Spielbedingungen von der Aufhebung nicht berührt werden.

Zu § 9

Die Bestimmung regelt das Inkrafttreten.